

28.12.2022 Der KreisFrauenRat fordert zum wiederholten Male eine feministische Außenpolitik

Neben dem Hochschulverbot für Frauen haben die radikalislamischen Taliban das Beschäftigungsverbot in Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ausgesprochen. Die vorgeschobene Begründung lautet, es habe „ernsthafte Beschwerden“ über das Nichttragen des Hidschabs gegeben. Die Hilfsorganisationen können ohne die Hilfe von Mitarbeiterinnen die lebenswichtige Versorgung der Menschen, vor allem von Frauen und Mädchen nicht mehr leisten und stellen deshalb ihre Programme ein.

Wer Frauen und Mädchen von Arbeit, Bildung und öffentlichem Leben ausschließt, ruiniert nicht nur sein Land, es werden auch humanitäre Prinzipien und Grundrechte gebrochen. Geschlechtbezogene Verfolgung ist nach der Meinung des KreisFrauenRats ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wir unterstützen deshalb die Überlegungen der deutschen Entwicklungsministerin, Svenja Schulze, die Hilfe für Afghanistan vorerst auszusetzen, denn es ist zu befürchten, dass weitere Frauenrechte eingeschränkt werden.